Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 139 (1973)

Heft: 4

Artikel: Die Schweiz im heutigen, veränderten Europa

Autor: Honegger, Fritz

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-48013

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Schweiz im heutigen, veränderten Europa*

Oberst Fritz Honegger

Europa und die Sowjetunion

In letzter Zeit ist viel die Rede vom neu werdenden Europa. Man stellt sich ein Europa vor, das mit der Sowjetunion engere Beziehungen sucht und einen Modus vivendi anstrebt, der die Ära der Konfrontation von Ost und West und den «kalten Krieg» ablöst. Die Sicherheit Europas soll nicht mehr so sehr auf Rüstung und Abschreckung, als vielmehr auf Systemen von Nichtangriffsverträgen beruhen. Die große, alle Staaten des Kontinentes einbeziehende und in Helsinki begonnene Sicherheitskonferenz soll die neue Ära einleiten und den west-östlichen Ausgleich, also eine Annäherung, wenn nicht sogar eine Versöhnung bringen.

Im weitern ist an die Gipfelkonferenz zwischen den Führern der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion im Frühjahr 1972 zu erinnern, die Leitsätze einer friedlichen Koexistenz festlegte. Die bilateralen Gespräche über einen Teilrüstungsstopp zeigen Teilerfolge (SALT-Abkommen über die Begrenzung strategischer Waffen). Zu erinnern ist auch an die kommenden Abrüstungsgespräche zwischen der NATO und der Sowjetunion. Die Ostverträge der Bundesrepublik mit Moskau und Warschau und endlich die Verträge zwischen der DDR und der Bundesrepublik sind Zeichen dafür, daß eine Bewegung von Gewicht, von einer beträchtlichen Dynamik im Gange ist.

All diese Bestrebungen zeigen ein legitimes Bedürfnis auf Seiten der Großmächte, Konflikte durch Absprachen der Hauptbeteiligten zum vorneherein zu verhindern oder jedenfalls unter Kontrolle zu halten und vor allem eine Verständigung unter den Nuklearmächten anzustreben.

Das tönt sehr schön und läßt Wünschen und Hoffnungen viel Raum. Es wäre sicher ein erstrebenswertes Ziel, nach einem Vierteljahrhundert unerfreulicher und bedrohlicher Auseinandersetzungen endlich eine Entspannung mit praktischem Inhalt zu realisieren. Wer möchte nicht Militärlasten loswerden, wer sähe nicht Stacheldraht und eisernen Vorhang gerne ersetzt durch einen normalen zwischenstaatlichen Verkehr und durch gute gegenseitige Beziehungen zwischen Menschen und Völkern des Ostens und des Westens?

Hier drängt sich aber die Frage auf, ob das, was aus dem Ausgleichsangebot herauszuhören ist oder hineinprojiziert wird, auch tatsächlich im Angebot steckt, ob das, was unter Entspannung zu verstehen ist, sich mit dem trifft, was die andere Seite darunter versteht, ob das wirklich Ausgleich ist, was als Ausgleich empfohlen wird.

Es gibt sicher gute Argumente für die Meinung, die Sowjetunion sei heute als Partner im europäischen Konzert sozusagen unproblematisch, weil sich zur Zeit jedenfalls eine aktuelle militärische Bedrohung Westeuropas aus der sowjetischen Politik kaum ableiten oder konstruieren lasse.

Dr. Luchsinger, Chefredaktor der Neuen Zürcher Zeitung, hat recht, wenn er letzthin in einem bedeutsamen Vortrag sehr deutlich darauf hingewiesen hat, daß derjenige, der das sowjetische Problem Europas in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten immer nur durch das Schreckbild einer möglichen kriegerischen Auseinandersetzung gesehen hat, die richtigen Konturen und Proportionen nicht voll zu erfassen vermochte. Es ist nicht das bloße Problem der Gewaltanwendung und des Schutzes dagegen, sagte Dr. Luchsinger, sondern das Problem der Macht und Übermacht schlechthin und ihres Gegengewichtes, das allein das Gleichgewicht zu garantieren vermag. Auch wenn die Sowjetunion nicht oder sogar endgültig nicht mehr von revolutionären Zielen und aggressiven Absichten motiviert und getrieben sein sollte – man kann das vermuten, aber wer könnte es angesichts der Ungewißheit eines totalitären Regimes mit Gewißheit voraussagen?, – selbst dann bliebe sie als Machtriese ein ernstes Problem für die andern europäischen Staaten.

Wer der Macht nicht adäquate, reale Gegenmacht gegenüberstellen kann, der ist ihr und ihren Forderungen auch ohne Gewaltanwendung ausgeliefert. Ausgeglichene Partnerschaft verlangt eine ausgeglichene Verteilung der Trümpfe. Papier, auch wenn es mit Vertragstext bedeckt ist, bedeutet keine Kompensation für Ungleichheit, auch die angenommene Harmlosigkeit des Stärkern ist keine Schutzgarantie, mit der der Schwächere sich auf die Dauer seine Selbständigkeit erhalten könnte.

Zusammenfassend darf wohl festgehalten werden, daß die Sowjetunion unter europäischer Entspannung nicht das versteht, was der Westen damit zu erreichen versucht, nämlich die Aufhebung der Teilung Europas, oder auch nur der Brückenschlag, die Schaffung größerer Bewegungsfreiheit für die Nationen und Menschen im Osten und in Mitteleuropa und der Austausch von Informationen ohne staatliche Lenkung, sondern auf freiheitlicher Basis.

Zur sowjetischen Entspannungspolitik gehört leider nach wie vor die Erhaltung ihres Einflußbereiches durch die Entlastung von westlichem Druck durch die Trennung des atlantischen Bündnisses, das heißt die Trennung der Vereinigten Staaten von Westeuropa. Die Sowjetunion versucht denn auch immer wieder, Westeuropa vom atlantischen Einfluß freizuhalten, um sich selber zu schützen und das zu beherrschen, was die Sowjetunion im Gefolge des Zweiten Weltkrieges erworben hat.

Europa und USA

Es ist unbestritten, daß die Beziehungen zwischen Europa und Amerika in den letzten Jahren sich nicht verbessert haben, ja in neuester Zeit in ein eigentlich krisenhaftes Stadium getreten sind, das dies- und jenseits des Atlantiks viel Unbehagen und Mißmut erzeugt hat. Der Antiamerikanismus, der seine Emotionen an Vietnam entzündet hat, war sicher ein Störungsfaktor. Eine Krise der atlantischen Beziehungen ist aber vor allem durch die weltweiten Währungswirren, die mit der Dollarkrise des Jahres 1971 einen Höhepunkt erreicht haben, und durch die zwischen den USA und Europa schwebenden handelspolitischen Konflikte ausgelöst worden.

Das Schicksal der atlantischen Gemeinschaft basiert nach wie vor auf dem Zusammenhalt und der Stärke der nordatlantischen Allianz. Die NATO hat sich bekanntlich im Jahre 1949 nach dem Staatsstreich in Prag und der Blockade von Berlin das Ziel

* Auszug aus der Rede an der Ustertagfeier 1972, den uns der Verfasser auf unser Ansuchen hin zuvorkommend überlassen hat.

gesetzt, durch eine militärische Allianz die Entschlossenheit der beteiligten europäischen Länder und USA zu bekunden, eine auf den Ideen der Freiheit und der Demokratie gegründete Lebensform zu verteidigen. Die atlantische Verteidigungsorganisation hat ihren ersten und Hauptzweck sicher erfüllt, nämlich den europäischen Völkern zu erlauben, ihren wirtschaftlichen Wiederaufbau in Frieden und Freiheit durchführen zu können.

Heute stehen Europa und USA vor der Aufgabe, ihr Verhältnis neu zu überdenken und neu zu gestalten mit dem Ziel, wenn möglich jene verbal viel beschworene Partnerschaft zu verwirklichen, die der atlantischen Gemeinschaft erlauben würde, ihren innern und äußern Zusammenhalt zu wahren und inmitten einer in Fluß befindlichen weltpolitischen Entwicklung eine stabilisierende Rolle zu spielen.

Amerika stößt allerdings – und nicht allein wegen der Verstrickung in den Vietnamkrieg – überall an ihm jetzt bewußt werdende Grenzen, nicht bloß an Grenzen der militärischen Macht und ihres Einsatzes, auch an andere Grenzen in seinem eigenen Land. Gerade im Hinblick auf diese Bedrohung der Gesellschaft von innen heraus wird die Führung der amerikanischen Außenpolitik dazu kommen müssen, ihre politischen Verpflichtungen in Zukunft zu beschränken. Und deshalb stellt sich auch die Frage der weitern Präsenz von amerikanischen Truppen in Europa. Gewiß darf man annehmen, daß sich die USA auch weiterhin an den übergeordneten Gesichtspunkt der eigenen Sicherheitsinteressen orientieren und am NATO-Bündnis festhalten wird. Aber es besteht durchaus die Möglichkeit, daß die Auffassung in der öffentlichen Meinung, die Anwesenheit von amerikanischen Truppen in Europa sei überflüssig geworden, zu einer Schwächung der NATO führt.

Dr. Bretscher, der frühere Chefredaktor der NZZ, hat sich in einer ausgezeichneten Schrift, betitelt «Europa und Amerika in der Krise der atlantischen Beziehungen» die Frage gestellt, ob Europa auf eine solche Entwicklung vorbereitet sei. Er kommt zum Schluß, daß man sich in Europa den Kopf noch nicht zerbricht über die Folgen eines Rückzuges der amerikanischen Truppen, sondern alles auf die wirtschaftliche Integration konzentriert und auf diesem Gebiete in den letzten Jahren und Monaten auch sehr Respektables erreicht hat.

Das Kennzeichen der heutigen Situation Europas ist also das Nebeneinander von großer wirtschaftlicher Potenz und völliger politischer und militärischer Ohnmacht. Die Vorstellung, daß sich nötigenfalls wirtschaftliche Macht auch in entsprechende politische Macht ummünzen lasse, ist kaum richtig. Die wirtschaftliche Macht bietet leider keinen Schutz vor politischer Erpressung und gewalttätigem Zugriff, vor allem dann nicht, wenn der Gegner sein Denken und Handeln darnach richtet, über wieviele Divisionen Westeuropa verfügt.

Der Generalsekretär der NATO, Luns, hat letzthin vor einer solchen Entwicklung sehr deutlich gewarnt und Europa zu besondern Anstrengungen aufgerufen, denen es sich bisher durch die amerikanische Präsenz in Europa weitgehend entzogen hat. Europa wird nicht darum herumkommen, seinen angemessenen Beitrag an die Erhaltung der atlantischen Gemeinschaft zu leisten, der mit der wirtschaftlichen Integration allein nicht erbracht worden ist.

Nachdem die amerikanischen Präsidentenwahlen vorbei sind, dürfte der Augenblick nun auch gekommen sein, einen Dialog über die Möglichkeiten einer gemeinsamen Lösung der anstehenden Probleme zwischen den USA und Europa zu beginnen. Ziel einer solchen Zwiesprache müßte sein, in den nächsten Jahren eine Generalbereinigung der atlantischen Beziehungen zu erreichen. Dazu braucht es aber nicht nur rein technisch konzipierte Lösungen, sondern einen politischen Willen der Völker, die hinter den Bemühungen zur Überwindung der gegenwärtigen Krise der atlantischen Beziehungen stehen. An diesem politischen Willen fehlt es leider noch.

Westeuropäische Politik

Damit ist die westeuropäische Politik insgesamt in ihrem Verhältnis zur Sowjetunion und den USA in großen Zügen umschrieben. Sie hat diesen weltweiten Dimensionen und Konstellationen, die angedeutet worden sind, Rechnung zu tragen, wobei im heutigen Verhältnis zwischen Europa und der Sowjetunion und den USA nicht nur Belastungen und Risiken, sondern auch Chancen enthalten sind. Europa kann die Chancen aber nur nutzen, wenn es seine eigenen Vorstellungen von Entspannung gegen die Herrschaft durch Gleichschaltung und Unterdrückung behauptet und wenn es in diesem Sinne Preise setzt für das, was die politische Nachfrage von ihm wünscht.

Europa muß handlungsfähig bleiben. Gute Fortschritte sind in den letzten Jahren erzielt worden. Es ist an die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft durch Großbritannien, Dänemark und Irland zu erinnern. Auch an der Gipfelkonferenz in Paris vom vergangenen Oktober sind sehr deutlich die Absichten und Tendenzen erkennbar geworden, auf dem Wege der allmählichen und organischen Entwicklung auch die außenpolitische Koordinierung zu einem politischen Faktor von Gewicht zu machen. Der in Paris bestätigte Wille, durch die erweiterte EWG der europäischen Wirtschaft und Politik ein größeres Gewicht auf der Weltbühne zu verschaffen, kann das europäische Bewußtsein nur stärken. Es wird allerdings kein glatter, reibungsloser und rasch zu verwirklichender Prozeß sein. Eine Macht im vollen Sinne des Wortes wird Europa auf lange hinaus noch nicht sein, eine selbständige dritte Macht zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten ohnehin nicht, solange seine Sicherheit vom amerikanischen Beschützer durch Nuklearwaffen und Truppen in Europa gewährleistet werden muß.

Trotzdem ist es von größter Bedeutung, daß der Prozeß des Zusammenschlusses, auch wenn er sich vorläufig weitgehend auf das Wirtschaftliche beschränkt, gelingt. Europa muß die Bindekraft entwickeln, die seinem gemeinsamen vitalen Interesse entspricht. Eine einigermaßen gleichgerichtete europäische Politik wird deshalb notwendig sein. Nur sie wird verhindern können, daß die einzelnen ihrer Elemente gegeneinander ausgespielt werden.

Stellung der Schweiz

Welches soll denn der Platz der Schweiz in diesem heutigen, veränderten Europa sein? Auch wir gehören zu diesem Europa, das in einer Behauptungsprobe steht, die uns nicht gleichgültig und unbeteiligt lassen kann. Die Frage, ob Europa als alter und kranker Kontinent zur Bedeutungslosigkeit absinkt oder ob es im Weltkonzert gesund und zukunftsfreudig seinen angestammten Platz einnehmen kann, muß auch unser Land beschäftigen.

Und dennoch sind wir nicht verpflichtet, einfach in diesem europäischen Konzert mitzuspielen. Die Europapolitik der Schweiz hatte immer zum Ziel, durch eine dauerhafte Friedensordnung die alten Machtrivalitäten zwischen den europäischen Völkern zum Verschwinden zu bringen und die wirtschaftlichen Grundlagen zu sichern. Diese selbstverständlichen Konstanten unserer Politik und unserer internationalen Kooperationsfreudigkeit und -fähigkeit müssen durch einen starken Willen zur Aufrechterhaltung unserer festgegründeten nationalen und politischen Strukturen, zu denen auch unsere Neutralitätspolitik gehört, und einer starken Landesverteidigung untermauert werden.